

Argument des Tages Nr. 9

Kommunal statt Privat – das ist die Zukunft

Eine wichtige Forderung der LINKEN bekommt jetzt prominente Unterstützung vom Bayerischen Städtetag. Es geht um die sogenannte Rekommunalisierung, also die Rückführung von privatisierten Unternehmen in die öffentliche Hand. In seinem neuesten Rundbrief schreibt der Verband der Städte Bayerns, dass der kommunalen Daseinsvorsorge die Zukunft gehöre. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise sei das Dogma „Privat vor Staat“ widerlegt.

Schon Ende April hatte Stephan Weil, der Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (Vku), den Umschwung benannt: „Die Kunden schenken den Stadtwerken ihr Vertrauen, weil die Stadtwerke sich nicht am größtmöglichen Profit, sondern am Wohl der öffentlichen Gemeinschaft orientieren!“

Der Bayerische Städtetag ergänzt nun diese Aussage mit neuen Umfragezahlen: Bei der Wasserversorgung wollen 72 Prozent der Befragten sich lieber von kommunalen Unternehmen versorgen lassen, und auch beim Gas bevorzugt eine deutliche Mehrheit von 55 Prozent öffentliche Lieferanten. Jetzt könne niemand mehr davon sprechen, dass Gemeinwohlorientierung ein alter Zopf sei, meint sogar Christian Ude, der SPD-Bürgermeister von München.

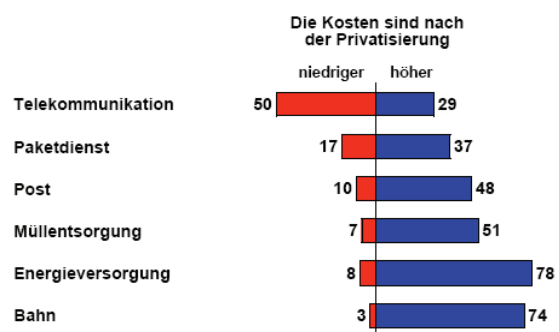
Doch Vorsicht – der Kampf um eine vernünftige und deshalb öffentliche Versorgung und Entsorgung ist noch längst nicht gewonnen. Vor allem die EU-Kommission will die Politik der Privatisierung weiter vorantreiben. Öffentliche Beihilfen – etwa für Wasserversorger – stehen bei der Europäischen Kommission unter dem Generalverdacht, unerlaubte Subventionen zu sein, die angeblich die Märkte verzerren. Was davon zu halten ist, haben die Bürgerinnen und Bürger aber längst erfahren: privatisierte Unternehmen drehen die Preise nach oben und holen sich ihre „Subventionen“ von den Kunden.

In Deutschland war die Regierung von Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) der treibende Motor für die gescheiterte Privatisierungsstrategie. Und in der aktuellen Regierung ist es immer noch die SPD, die öffentlich-privaten Partnerschaften das

Wort redet. Die Bürgerinnen und Bürger hingegen sehen die Privatisierung eher skeptisch. Ob Stromversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Krankenhäuser, Müllentsorgung oder Wasserversorgung – negative Erfahrungen mit privatisierten Dienstleistungen gibt es in fast jeder Stadt. Gäbe es zu jedem geplanten Verkauf öffentlicher Versorger ein Volksbegehren oder eine Volksabstimmung, wäre in den meisten Fällen eine Ablehnung gewiss. In einer Umfrage des Forsa-Instituts von Anfang 2008 werden die Kosten privatisierter Dienstleistungen überwiegend kritisch gesehen (siehe Grafik).

forsa.

Einschätzung der Kosten privatisierter Dienstleistungen



Viele Beispiele zeigen, dass es auch anders geht. Bergkamen, eine Stadt bei Dortmund, hat erfolgreich die Abfallversorgung wieder in die kommunale Hand überführt. Saarbrücken rekommunalisiert neben der Abfallentsorgung auch die Stadtreinigung und die Abwasserbeseitigung. Potsdam ist aufgrund exzessiver Preistreiberei wieder aus der privaten Wasserversorgung ausgestiegen.

DIE LINKE verteidigt die öffentliche Daseinsvorsorge und will sie ausbauen. Sie fordert einen generellen Privatisierungsstopp und will bereits privatisierte Dienste wieder rekommunalisieren. Bei allem, was lebenswichtig ist, muss das Gemeinwohl Vorrang haben.

Redaktionsschluss: 3. Juni 2009

DIE LINKE.

DIE LINKE - WahlQuartier

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de